

Haushaltsrede 2023 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderätin Marielle Reuter am 30.01.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach den Corona-Jahren 2020 und 2021 neigt sich ein weiteres Krisenjahr dem Ende zu. Bei der Verabschiedung des letzten Haushalts war es nur schwer vorstellbar, dass heute die Zeiten noch unvorhersehbarer sein werden als damals. Zu Beginn des Jahres prägte unser Leben noch die Corona-Pandemie, ehe zu den Faschingsfeiertagen 2022 der Krieg nach Europa zurückkehrte.

Sind für uns Europäer Konflikte in Syrien, Afghanistan oder dem Jemen weit weg, so erscheint uns der Krieg in der Ukraine plötzlich so nah. Denn nicht nur die Entfernung zu den Kampfhandlungen ist deutlich kürzer, auch die umfassenden Auswirkungen eines solchen Konflikts spürten auch wir im Jahr 2022 mehr als deutlich.

Nicht nur, dass die kommunalen Verwaltungen die Flüchtlingsströme stemmen müssen, nein, die Auswirkungen eines solchen Krieges zeigen deutlich wie anfällig und fragil unsere globale Wirtschaft ist und wie schnell sich eine Störung im Zahnrad umfassend in allen Bereichen unseres Lebens bemerkbar macht.

Familien, aus der Mitte der Gesellschaft, müssen sich Sorgen machen wie Sie Wohnen, Einkaufen, Heizen, Kinderbetreuung und ähnliches noch finanzieren können. Viele mittelständische Betriebe, die teilweise seit Generationen in Familienhand sind, sorgen sich um Ihre wirtschaftliche Existenz.

Politik soll in diesen Zeiten den Menschen Zuversicht und Perspektive vermitteln. Politik muss aber auch in der Lage sein den Menschen Wahrheiten zu vermitteln – Kommunal, im Land und auch im Bund – so ist Wachstum um jeden Preis nicht möglich, weil die Ressourcen endlich sind.

In solchen Zeiten, geprägt von einer mittlerweile andauernden Aneinanderreihung von Krisen, einen Haushalt für eine Kommune aufzustellen, ist kein leichtes Unterfangen. Umso mehr gilt es eine gute Balance aus Pragmatismus und Vorsicht zu finden.

Da das Zahlenwerk bereits umfänglich von der Verwaltung vorgestellt wurde, möchten wir im Detail in den folgenden Zeilen nur noch ein paar Kennzahlen wiederholen.

Mit einem weiter gestiegenen **Haushaltsvolumen von nun rund 46,7 Mio. Euro** steht die Gemeinde vor großen Herausforderungen. Kommunen in der Umgebung, in vergleichbarer Größe, haben teilweise einen deutlich kleineren Haushalt zu händeln. Daher ist es notwendig zielgerichtet und konzentriert den großen Haushalts-Dampfer zu manövrieren.

Neben vielen kleinen Einzelmaßnahmen stechen insbesondere die von der Verwaltung bezeichneten „**Leuchtturmprojekte**“ hervor.

Wikipedia hat dafür folgende Definition parat: **Mit dem Begriff „Leuchtturmprojekt“ wird ein Vorhaben bezeichnet, das eine Signalwirkung für zahlreiche Folgevorhaben haben soll**, also wie ein Leuchtturm weithin strahlen soll. Ein Leuchtturm dient der Ortsbestimmung, der Warnung vor Untiefen oder der Fahrwassermarkierung.

Um es einmal bildlich darzustellen: Wenn ein solches Leuchtturmprojekt also wie geplant umgesetzt werden kann, dann strahlt er aus dem Meer des Gesamthaushaltes heraus. Wenn dieses nicht wie geplant funktioniert, kann das Schiff des Haushalts an der Klippe des Leuchtturms zerschellen.

Die Verwaltung hat folgende Themen als „Leuchtturmprojekte“ des Haushalts 2023 aufgelistet:

Leuchtturmprojekte Nr. 1 und 2 – Verkauf der Grundstücke an der Durlacher Straße und das Gewerbegebiet Sandfeld

Im Zuge der Erschließung des ersten Teils des Baugebiets Kirchberg-Mittelweg sollen die kommunalen Grundstücke an der Durlacher Straße gegenüber den Supermärkten an Bauträger verkauft werden.

Die Einzahlungen sollen rein im investiven Bereich um rund 40 % steigen. Diese wunderbar positiv aussehenden Positionen in unserem Haushalt befinden sich unserer Auffassung nach jedoch in stürmischer See. Denn wenn dieser Einzahlungsleuchtturm nicht strahlt, kann das Investitionsschiff des Haushalts baden gehen. Das bedeutet, dass die **Baugebiete „Sandfeld“ und „Kirchberg-Mittelweg“ eigentlich schnellstmöglich realisiert werden müssten**. Ein Gebilde welches bei der rauen See der aktuellen Baukonjunktur und Zinshöhe sehr fragil erscheint. Weiter sind dabei auch die Folgekosten zu bedenken. **Entsprechende Erschließungen bringen zusätzliche Belastung unserer Infrastruktur mit sich, die ihrerseits wieder Investitionen erfordern. Eine Zwangsläufigkeit und Hypothek für künftige Haushalte entsteht.**

Leuchtturmprojekt Nr. 3 – Diverse Infrastrukturmaßnahmen

Straßensanierung, Breitbandausbau, Wasserversorgung, Kanalisation, Kläranlage. Ohne etwas unterstellen zu wollen, sind dies wohl Themen mit denen sich ein normaler Einwohner einer Gemeinde eigentlich nicht bewusst befasst.

Dies sind jedoch Themen die eine Gemeinde und den dazugehörigen Gemeinderat überproportional fordern. Zeitlich und finanziell. Weingarten ist im Sanierungsmodus. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten belaufen sich im Kernhaushalt in diesem Jahr auf rund 15 Mio. Euro. **Bis 2026 sollen knapp 52 Mio. Euro an Investitionen getätigt werden. Eine riesen Zahl für eine Kommune wie Weingarten.** Diesen Auszahlungen stehen u. a. die zuvor genannten Einzahlungen durch Verkaufserlöse von Grundbesitz und Fördermittel gegenüber. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Die **Investitionsquote** der Gemeinde Weingarten beträgt rund 32 %, die des Bundes im Vergleich nur 9 %. Wollen und können wir so viel investieren?

Der deutsche Schriftsteller Karl Ferdinand Gutzkow hat einmal folgendes gesagt: „Bitter ist es, das heute zu müssen, was man gestern noch wollen konnte.“

Daher ist es wichtig so lange man kann frühzeitig und kontinuierlich in die Infrastruktur zu investieren und entsprechend der vorgesehenen Generationengerechtigkeit zu handeln und somit auch die Attraktivität des Standortes Weingarten zu erhalten bzw. zu steigern. Weingarten macht viel, aber unserer Auffassung nach nicht zu viel. **Grundsätzlich müssen jedoch sämtliche (!) Investitionen vor Tätigkeit ausführlich hinterfragt werden** und schließlich nach Maß und Ziel erfolgen. Eine vorhandene Haushaltsstelle ist kein Freifahrtschein.

Wir müssen uns vornehmen im Vorfeld ausführlicher über Projekte zu beraten. Für uns wäre es wichtig das Leistungsverzeichnis vor einer Ausschreibung zu besprechen. Denn hier kann über plus oder minus entschieden werden. Die spätere Vergabe ist gesetzlich geregelt und daher nur Formsache.

Einige Investitionsmaßnahmen stehen im Haushaltsplan unter einem sogenannten „**Haushaltsvorbehalt**“. Die Investition kann also nur dann getätigt werden, wenn eine gewisse Förderquote für das Projekt erreicht werden kann. Beim Ausbau der Radwege um den Ort liegt diese bei 90 %. Als der Haushalt im September in den Gemeinderat eingebracht wurde, lag dieser Haushaltsvorbehalt noch bei 75 %, ein vertretbares Maß, es muss ja schließlich finanzierbar sein. Doch grenzen die nun zu beschließenden 90 % Förderquote nicht an eine Verhinderungspolitik?

Das Credo: Investieren ja, aber nur mit ausreichend Förderung, ist ja grundsätzlich richtig. Eine Förderquote muss aber realistisch sein und sollte nicht dazu führen, dass entsprechende Projekte nicht umgesetzt werden können.

Der Haushaltsvorbehalt für einen Um- oder Neubau der Turmbergschule ist weiterhin mit einer Förderquote 75 % festgeschrieben. Da wir hier über ganz andere Summen sprechen ist ein solches Unterfangen ohne entsprechende Förderung auch nicht zu realisieren.

Apropos Schule: 2019 ist die WBB u. a. mit dem Slogan „Schule ausbauen – sofort!“ in den Wahlkampf gezogen. Diesen Kurs müssen wir korrigieren. Sind wir damals nur von der zusätzlichen Errichtung von wenigen Klassenräumen ausgegangen, sprechen wir mittlerweile über ganz andere Dimensionen. Ein Schulaus- oder Neubau bedarf einer langfristigen Planung und schlüssiger Konzeption. Hierbei ist die Gemeinde als Schulträger noch nicht annähernd an einer Beschlussreife. Zu groß erscheinen die aktuellen Anforderungen und die entsprechende Finanzierung. Die vom Gesetzgeber ab 2026 für alle Gemeinden vorgeschriebene Ganztagesgrundschule ist völlig an der Realität vorbei. Wünschenswert ist vieles, doch wie soll das umgesetzt werden? Eine Finanzierung von bis zu 50 Mio. Euro ist aktuell noch völlig unklar, ganz zu schweigen vom Fachkräftemangel bei Lehrern und Erziehern. Wie soll das eine Kommune wie Weingarten stemmen? Zumal dabei nicht der spätere Unterhalt eines größeren Komplexes außer Betracht gelassen werden darf. Mehr Energie-, Hausmeister- und Reinigungskosten sind dabei zu nennen.

Aktuell bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen notwendiger Beschulung von Weingartener Schülern und einer von der Schulleitung gewollten Vorzeigeschule.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind selbstverständlich bereit für die Weingartener Schüler eine Lösung zu finden, alles Weitere muss abgewogen werden. Dies ist jedoch leider keine Frage von wenigen Wochen oder Monaten. Rein für die Konzeption der zukünftigen Gestaltung der Turmbergschule ist daher aktuell im Haushalt ein Planansatz von „nur“ 500.000 € im Jahr 2023 und 2024 vorgesehen. Eine Realisierung kann im kurzfristigen Planungszeitraum nicht in Aussicht gestellt werden.

Leuchtturmprojekt Nr. 4 – Der erste kommunale Kindergarten

Im März dieses Jahres soll der erste kommunale Kindergarten der Gemeinde Weingarten seinen Betrieb aufnehmen. Ist das nun positiv oder negativ? Bisher wurden die Kinderbetreuungseinrichtungen kirchlich oder privat betrieben. Aus Mangel an entsprechenden Optionen, entschloss man sich nun das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

Mehr Aufgaben heißt mehr Personal – und dieses muss entsprechend zunächst gefunden und dann vergütet werden.

Die Verwaltung hat erstmals die externen Personalkosten der Gemeinde ermittelt. Also alle Dienstleistungen und Arbeiten, welche nach außen vergeben wurden. Bewegen sich die internen Personalkosten bei der Gemeinde Weingarten auf nun 8 Mio. Euro zu, so ist noch einmal mit nahezu der gleichen Summe für externes Personal zu rechnen.

Allein die Personalkosten für die kirchlichen und privaten Kindertageseinrichtungen beliefen sich im Jahr 2021 auf 5,5 Mio. Euro. Planer, Ingenieure und Arbeiter im Hoch- und Tiefbau wurden mit 1,5 Mio. Euro entlohnt. Diese Kosten sind kritisch zu betrachten und zu hinterfragen.

Der neue kommunale Kindergarten, für die Betreuung von rund 40 Kindern, verursacht nun 470.000 Euro Personalkosten pro Jahr.

Aber welche Optionen hat die Gemeinde? Weiterhin verschiedene Aufgaben auszulagern und aufgerufene Entgelte zu bezahlen oder wie jetzt für den kommunalen Kindergarten selbst entsprechendes Personal einzustellen?

Optionen, die eigentlich keine richtigen Optionen sind. Eigenleistung kann ich vielen Bereichen vorteilhaft und teilweise günstiger sein. Die damit verbundenen Nebenkosten sind dabei aber nicht außer Acht zu lassen.

Eine „Goldrandlösung“ gibt es wohl nicht.

Leuchtturmprojekt Nr. 5 – Ökokonto

Der Beschluss eine **Biotopverbundplanung** zu beauftragen wurde von uns absolut begrüßt, geht dieser doch auf einen WBB-Antrag aus dem Jahre 2017 zurück.

Mit der zu 90 % bezuschussten Planung kann ein umfassendes Potential für künftige Ausgleichsmaßnahmen auf unserer Gemarkung erhoben werden, welches schließlich für die Projekte der Gemeinde zur Verfügung steht. Ein teurer Einkauf von Ökopunkten aus fernen Landkreisen, wie beim Gewerbegebiet Sandfeld in letzter Minute vermieden, ist damit nicht mehr zu erwarten. Im Gegenteil: Wir können damit nun selbst Ökopunkte verkaufen. Gleichzeitig kommt der Ausgleich unserer Landschaft direkt zugute. **Ein echtes Leuchtturmprojekt.**

Kann Umwelt- und Klimaschutz ein Geschäftsmodell sein?

Eindringlich möchten wir an die Verwaltung und an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates appellieren: Lasst uns gemeinsam das Thema der erneuerbaren bzw. alternativen Energien forcieren. Keine Zeitverzögerung durch einen jährlichen Wechsel zwischen Workshop und Vergessen was beim letzten Mal erarbeitet wurde. Denn wie hat das unser Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP bei der Sondersitzung des Bundestages zu Kriegsbeginn am 27.02.2022 so trefflich formuliert? „Die Bedeutung der Energiesicherheit erfährt eine neue Priorität. Erneuerbare Energien leisten nämlich nicht nur einen Beitrag zur Energiesicherheit und -versorgung. Erneuerbare Energien lösen uns von Abhängigkeiten. **Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien.**“ Und damit hat er Recht!

Wir lösen uns aber nicht nur von Abhängigkeiten und tun etwas Gutes für die Umwelt. Ja, Weingarten oder Deutschland können nicht alleine das Weltklima retten, aber wir können damit auch etwas Gutes für unseren kommunalen Haushalt tun. Die Investitionen z.B. in PV-Anlagen lohnen sich mittlerweile auch wirtschaftlich. Es liegt uns fern blauäugig irgendwelchen Ideologien zu folgen. Aber es muss für eine Kommune immer Priorität haben ökologisch und ökonomisch zu handeln. Daher kann ein entsprechendes forcieren des Ausbaus der erneuerbaren Energien ein **Leuchtturmprojekt** in Weingarten in den kommenden Jahren werden.

Es ist für uns unverständlich, wenn sich ohne Not eine knappe Mehrheit des Gemeinderats gegen die Option von 2-3 Windrädern im Gemeindewald ausspricht, bevor durch entsprechende Gutachten eine Verträglichkeit oder Unverträglichkeit festgestellt wird. Auf mögliche nachhaltige Einnahmen für die Gemeinde wird damit von vorneherein verzichtet.

Natürlich sind die möglichen Windräder ein gravierender Eingriff in unser Landschaftsbild und natürlich sind die artenschutzrelevanten Wirkungen sachgerecht zu prüfen. Wenn sich nach diesen Abwägungen aber eine realistische Chance für den Betrieb ergibt, kann man den Kopf nicht in den Sand stecken und sagen: „Bei uns nicht, diese Last sollen andere tragen.“

Die Auswirkungen des Klimawandels sind erst am Anfang, obwohl wir laut der LU-BW und den neuesten Messungen das 1,5°C Ziel des Pariser Klimaabkommens in Baden-Württemberg bereits überschritten haben.

Können wir es uns da noch leisten Nein zu sagen?

Themenwechsel! Der haushaltspolitisch entscheidende Faktor: Der Ergebnishaushalt

Nach den Leuchtturmprojekten möchten wir noch etwas auf den Ergebnishaushalt eingehen. Den unbequemen, unflexiblen Teil des Haushalts, der für Nichtfachleute so schwer zu greifen ist.

Nach Aussage der Verwaltung sind **nur rund 8 % des Ergebnishaushalts beeinflussbar**. Von den 31,9 Mio. Euro Ertrag, sind dies rund 3 Mio. Euro, vom Aufwand in Höhe von 32,9 Mio. Euro sind es gar nur 2,2 Mio. Euro Manövriermasse.

Die ordentlichen Erträge scheinen stabil zu sein, jedoch steigt der ordentliche Aufwand. **In diesem Jahr ist von einem ordentlichen Ergebnis, welches fast – 1 Mio. Euro beträgt auszugehen.** Dieses kann zwar durch das gute Sonderergebnis im Falle des Verkaufs der Grundstücke an der Durlacher Straße ausgeglichen werden, jedoch ist das kein Selbstläufer. Zumal das ordentliche Ergebnis nun bei Haushaltsverabschiedung noch einmal 300.000 € schlechter ist, als bei der Einbringung im September. Es wird zwar wieder prognostiziert, dass sich dies 2024/2025 bessert, man ist aber auch schon bei der Planung im letzten Jahr von einem positiven Ergebnis für 2023 ausgegangen. Nun liegt man zu dieser Planung bei einer Differenz von rund 1,3 Mio. Euro. Die Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses muss im laufenden Haushaltsjahr das Ziel sein.

Wir hoffen, dass es mittelfristig bei den geplanten positiven Gesamtergebnissen bleibt.

Die **Jahresabschlüsse 2020 und 2021** fielen ebenfalls positiv aus. Insbesondere durch nicht abgeschlossene Projekte und unbesetzte Stellen in der Verwaltung. Doch können wir uns darauf auch bei den folgenden Jahresabschlüssen verlassen? Wir dürfen uns darauf nicht verlassen! Denn es kann nicht das Ziel sein, am Ende des Jahres entgegen der Planung ein positives Ergebnis zu erreichen, nur dadurch, dass z.B. Stellen unbesetzt sind und Bauvorhaben verschoben werden.

Im letzten Jahr wurde die **Haushaltskommission** eingeführt. Ziel dieser sollte es insbesondere sein, positive Entwicklungen im Ergebnishaushalt zur erarbeiten. Unserer Auffassung nach haben die bisherigen Ergebnisse das Thema verfehlt. Das Licht im Leuchtturm brennt aktuell nicht. Z.B. wurde die Parkraumbewirtschaftung groß angekündigt, diese ist wohl aber nun flächendeckend nicht so realisierbar wie angedacht. Die Einnahmen der Zweitwohnungssteuer entsprechen nur etwa 1/8 des Geplanten.

Das **Walzbachbad** kostet die Gemeinde Weingarten bis 2026 1,1 Mio. Euro an Unterhalt und Bewirtschaftung. Davon alleine 12.500 Euro pro Monat für Reinigung. Können und wollen wir uns das weiterhin leisten? Es gibt nichts ungerechteres zwischen Kommunen als die Bewirtschaftung eines Bades. Das hier ist vermutlich nicht der richtige Augenblick um über das Für und Wider des Walzbachbades zu diskutieren. Wir wollen aber darauf aufmerksam machen, dass man sich in einer Haushaltskommission auch mit dem Unbequemen auseinandersetzen und einer Überprüfung unterziehen muss.

Jeder Winkel der Verwaltung muss bei einer Haushaltskonsolidierung hinterfragt werden. Das kann oder soll nicht unbedingt der Gemeinderat. Dies ist in erster Linie Sache der Verwaltung selbst. **Was ist wirklich nötig?** Nach außen fallen immer wieder Kleinigkeiten auf, die z.B. Auswirkungen auf die Personalauslastung und -kosten haben. Wie aufgeblasen muss unsere Öffentlichkeitsarbeit sein? Sind 32 Aushängkästen für Todesanzeigen noch zeitgemäß? Wie kann ich unnötige Kurierfahrten eindämmen? Was muss wirklich einseitig und in Farbe ausgedruckt werden? Braucht ein Rathaus die selben Öffnungszeiten wie ein Supermarkt?

Wir erwarten, dass sich die Verwaltung diesen Fragen selbstständig stellt und Nachjustierungen vornimmt.

Weiter zählen für uns die Haushaltsgrundsätze nach § 78 GemO „Beiträge und Gebühren vor Steuern“ als wichtige Leuchttürme für eine Haushaltskonsolidierung.

Das „Leistungsportfolio“ einer Gemeinde

Viele, insbesondere auch freiwillige Leistungen einer Kommune werden mittlerweile als selbstverständlich wahrgenommen, binden diese doch neben personellen auch erhebliche finanzielle Ressourcen. Vereinsarbeit, soziales Engagement oder ganz einfach beispielsweise das private Betreuen einer kommunalen Baumscheibe vor dem eigenen Haus sind rückläufig. Was früher selbstverständlich war, ist oftmals nicht mehr gegeben. Wo ehrenamtliche Angebote fehlen, muss somit immer mehr die Gemeinde unterstützen. Die globale Situation lehrt uns aber, dass weder der Staat noch die Kommune als Alleskönner oder Alleslöser auftreten können. Abhängigkeiten lassen sich durch mehr Eigenverantwortung verringern, der schnelle Ruf nach der Gemeinde ist zwar einfacher, aber die Ressourcen sind begrenzt.

Standards und Ansprüche senken

Gleichfalls wird auch ein Umdenken unsererseits notwendig werden. Bestehende Qualitätsstandards haben ihren Preis. Als Stichworte möchten wir hier Granitbordsteine, Kindergartenausstattung oder Rathausinventar nennen. **Der eigene Standard kann und muss eine Stellschraube im kommunalen Haushalt sein.** Teilweise, und das lehrt uns die augenblickliche Situation, müssen wir uns auch verabschieden von bisher Gewohntem.

Kein weiter, immer weiter...!

Aber selbst in dieser Krise werden hingegen gesetzliche Ansprüche oder Baustandards, die Kommunen leisten müssen, nicht zurückgeschraubt.

Abschließen möchten wir daher mit einem Appell an den Gemeindetag, sowie unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten sich in der großen Politik mehr für die kleinen Gemeinden einzusetzen. **Beschlüsse von Land und Bund werden zu oft, wohl ohne ausreichend nachzudenken, auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen. Die Erwartungshaltung „von oben“ an die Kommunen steigt.** Als Stichworte möchten wir hier die Flüchtlingsunterbringung, die Umsetzung von Corona-Maßnahmen, und insbesondere die immer größeren Anforderungen an Schulkind- und Kleinkindbetreuung, sowie – zumindest gefühlt – ein Bürokratieauf- statt -abbau, nennen. Landrat Dr. Schnaudigel hat dies in seiner Haushaltsrede als „Ignoranz des Gesetzgebers vor der kommunalen Realität“ bezeichnet. **Vorgaben des Gesetzgebers müssen vor Ort realisierbar bleiben,** das sollten die politisch Verantwortlichen in Land und Bund im Auge behalten.

„Ja“ zum Haushalt 2023

Trotz der genannten Kritikpunkte steht die WBB-Fraktion im Gesamten hinter der vorgestellten Haushaltsplanung, welcher wir zustimmen.

Wir bitten die Verwaltung jedoch eindringlich unsere vielfältigen Anregungen und die auch sicher von anderen Fraktionen noch kommenden Stellungnahmen ernst zu nehmen.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir der gesamten Verwaltung, denen die durch ihre Arbeitskraft, ihre Steuern oder ihr Ehrenamt zum Gemeinwohl der Gemeinde Weingarten beitragen danken. Mit Ihrem Wirken und Engagement sind Sie die Eckpfeiler und Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem schönen Weingarten!